



THÜRINGEN LIBERAL

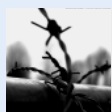
ZEITSCHRIFT DER FREIEN
DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
01 | 2009 JAHRGANG 7

Superwahljahr 2009

Alle Fakten, Termine, Kandidaten und Prognosen



Abwanderung: Düstere
Prognosen, fehlende
Szenarien, mangelnde
Zukunftsfähigkeit



Marx schnell vergessen:
Libérale Studenten
in Erfurt zeigen Flagge
für die Freiheit



Europa der Kulturen:
Wie europäische
Kulturpolitik gestaltet
werden sollte



Thüringen steht vor einer Richtungsentscheidung

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Parteifreunde,



nun ist es da, das Jahr 2009. Das Superwahljahr; auf das wir seit langem hinarbeiten und für das wir Thüringer Liberale uns so viel vorgenommen haben. In den vergangenen Jahren haben wir uns eine sehr gute Ausgangsposition erarbeitet. Das öffentliche Bild der FDP Thüringen ist das einer politischen Kraft, die einen berechtigten Gestaltungsanspruch für unser Land erhebt. An diesem Bild haben alle, die im Landesverband Verantwortung tragen, in den letzten Jahren mitgewirkt. Ob in den Orts- und Kreisvorständen, im Landesvorstand, als Ratsmitglieder in Städten, Gemeinden und Kreisen, als (Ober-) Bürgermeister oder Beigeordnete – die FDP Thüringen, so wie sie sich heute präsentiert, ist unsere liberale Familie.

2009 ist mit seinen vier Wahlen jedoch nicht nur für die Thüringer FDP ein Schicksalsjahr: Für unser Land, für unser Thüringen werden entscheidende Weichen gestellt, die mehr Bedeutung haben als nur die Frage, wer unser Land in den nächsten

fünf Jahren regiert und wer in den nächsten fünf Jahren im Landtag sitzt.

20 Jahre nach der politischen Wende, 20 Jahre nach der Wiedervereinigung steht der Freistaat Thüringen vor einer Richtungsentscheidung. Wer sich erinnert, wie unsere Städte im Herbst 1989 aussahen, in welchem Zustand die Wohngebäude waren, die Betriebe und Maschinen; wer sich erinnert, welche Sehnsucht nach Freiheit – Reisefreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit – wir verspürten, wer sich erinnert, warum die Menschen in unserem Land im Herbst 1989 auf die Straße gingen und welches Risiko sie damit eingingen, wer sich an all das erinnert, der wird mir zustimmen müssen, wenn ich sage: Im System der sozialen Marktwirtschaft und der globalisierten Wirtschaft, so wie wir es derzeit erleben, ist ganz bestimmt nicht alles richtig und vieles zu verbessern. Verbesserungen am System vornehmen zu müssen, heißt jedoch nicht, einen Systemwechsel vorzunehmen, schon gar keinen Wechsel

hin zu einem System der Staatswirtschaft, der Mangelwirtschaft, der Unfreiheit.

An der positiven Entwicklung Thüringens seit 1990 haben auch liberale Landes- und Kommunalpolitiker erheblichen Anteil. Von 1990 bis 1994 auch in der ersten frei gewählten Landesregierung. An diese Jahre, die auch heute noch mit Recht als die erfolgreichsten der Thüringer Nachkriegsgeschichte gelten, wollen wir anknüpfen und unserem Land neue Impulse geben.

Dafür stellen wir uns den Wahlkämpfen des Jahres 2009 mit Optimismus und Leidenschaft und dafür wollen wir ab Herbst 2009 verantwortlich und verantwortungsvoll mitarbeiten, im Thüringer Landtag und in der Thüringer Landesregierung!

Herzliche Grüße

Uwe Barth MdB
Landesvorsitzender FDP Thüringen

Der politische Gegner kann sich warm anziehen!

JuLis stimmen sich auf den Wahlkampf ein

Zehn Städte an einem Tag: Mit einer thüringenweiten Aktion stimmten sich die Jungen Liberalen (JuLis) am 29. Dezember 2008 auf das Superwahljahr ein. Eisige Temperaturen von bis zu 10 Grad unter dem Gefrierpunkt und schneidender Wind schreckten die Jungliberalen nicht ab, die Thüringerinnen und Thüringer von Gera bis Eisenach, über Saalfeld und Neuhaus am Rennweg einen „Fahrplan zur Freiheit“ in Form eines Jahreskalenders 2009 an die Hand zu geben.

Wofür die Jungliberalen im Wahljahr 2009 eintreten, das wollten sie mit Postkarten ausdrücken, die an die Passanten verteilt wurden. Die Zeit zwischen den Jahren nutzten die JuLis damit aktiv, um Mitstreiter und Mitstreiterinnen für die li-

berale Sache zu gewinnen. „Der politische Gegner kann sich warm anziehen!“ – so lautete dann auch das Motto der Aktion, mit der auch die inhaltliche Arbeit des neu gewählten Landesvorstandes eingeläutet wurde. Programmatisch wollen sich die JuLis vor allem um die Entwicklung von Konzepten zur Lösung des Problems der Abwanderung junger Menschen aus Thüringen kümmern. „Besonders die Abwanderung junger Frauen ist besorgniserregend hoch“, sagte die Landesvorsitzende Evelyn Zschächner. Eine Familienpolitik, die Frauen in erster Linie als Mütter wahrnimmt, trage nicht dazu bei, dass sich junge engagierte Frauen, die auch beruflich vorankommen wollen, hier willkommen fühlen. „Die Probleme des ländlichen

Raums werden von den heute im Landtag vertretenen Parteien ignoriert oder einfach totgeschwiegen“, erklärte Felix Rösel, stellvertretender Landesvorsitzender der JuLis. „Es werden einfach zu viele Chancen liegen gelassen“, ergänzte der 21-jährige Süidthüringer, der auch Direktkandidat der FDP für den Landtag im Wahlkreis Hildburghausen/Sonneberg ist.

In diesem Zusammenhang verwies Evelyn Zschächner darauf, dass einige Städte in Thüringen ihre Planung sogar schon komplett auf eine Zukunft ohne Jugendliche ausrichteten, indem verstärkt um den Zuzug von Rentnerinnen und Rentnern geworben werde. „Aber gesellschaftliches Zusammenleben lebt vom Miteinander der Generationen“, so die 27-jährige. eve



Wenn Erfurt abgewandert ist

Düstere Prognosen, fehlende Szenarien, mangelnde Zukunftsfähigkeit

Das ist Thüringen: Geografisch mit idealer Lage, die Infrastruktur bildet die Schnittstelle zwischen etablierten Märkten und aufstrebender Wirtschaft in Osteuropa, mehr als 280 Millionen Konsumenten leben im Umkreis von 800 Kilometern. Auch das ist Thüringen: Die Abwanderungszahlen sind bedrohlich. Seit 1999 stiegen sie um das Dreifache. 2007 verließen 13.310 Thüringer den Freistaat. Übertragen auf die Einwohner Hildburghausens: Die Stadt wäre menschenleer: Oder im Altenburger Land: Dort gingen 789 Menschen. Das ist in etwa die durchschnittliche Einwohnerzahl dortiger Gemeinden.

Aus dem Landkreis verschwindet also jährlich ein Dorf. Und mit Blick auf die Zukunft hat das Statistische Landesamt errechnet, dass – nur die Wegzüge berücksichtigt – im Jahr 2020 Erfurt, die mit Abstand größte Stadt Thüringens, abgewandert ist. Werden die Zuzüge saldiert, sind es circa 86.700 Menschen – also der gesamte Kyffhäuserkreis. Die Bertelsmann-Stiftung hat eine noch düstere Prognose: Bis 2025 wird Thüringen 330.000 Menschen verlieren. Das sind die drei Hochschulstädte Jena, Ilmenau und Erfurt, die im übertragenen Sinn abwandern. Auf Deutschland kommt die Rezession zu, Thüringen leidet langjährig unter der Abwanderungskrise. Was ist schlimmer?

Längst ist das Thema Abwanderung bei der Bevölkerung als Problemfall Nr. 1 angekommen. 70 Prozent sind über die Abwanderung besorgt, so der aktuelle Thüringen Monitor 2008. Das Problem verdrängt Sorgen wie Arbeitslosigkeit oder Staatsverschuldung auf die Plätze 2 und 3. Die

FDP hatte Recht, als sie im Wahljahr 2004 als einzige Partei das Abwanderungsproblem zum Hauptwahlkampfthema machte. „Täglich verlassen 30 Thüringer das Land“ – stand auf den FDP-Wahlplakaten. Mittlerweile sind es über 36 Menschen, Tag für Tag. „Die Landesregierung scheint resigniert zu haben und hofft nur noch darauf, dass die Abgewanderten irgendwann einmal zurückkommen“, so die Vorsitzende der Jungliberalen, Evelyn Zschächner.

Was aber tun gegen Abwanderung? „Wir versprechen nicht, dass wir die Abwanderung auf Null bringen. Das wäre Unsinn. Aber wir versprechen, dass wir die Rahmenbedingungen so setzen, damit die Menschen weniger Gründe haben, zu gehen und mehr Anlass haben, zu kommen“, sagt Landtagsspitzenkandidat Uwe Barth, MdB. Da wären zum Beispiel die niedrigen Löhne, aber auch die Beschäftigungsmöglichkeiten. Thüringen bildet Akademiker aus, die ihr Einkommen später anderswo verdienen. Die starke Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft ist nötig.

Die Konzentration auf solche Cluster zieht Fachkräftebedarf nach sich. Kleinere und mittlere Betriebe mit hoch qualifiziertem Nischenwissen sind auf Punktlösungen angewiesen. Thüringen kann das bieten, muss aber noch einiges tun. Zum Beispiel bei seinem Investitionsklima. Gerade kleine und kleinste Unternehmen klagen über viel Bürokratie, die Zeit und damit Geld kostet – fehlt Geld, fehlen Arbeitsplätze. Großunternehmen haben damit weniger Probleme. Sie werden unterstützt. Allerdings gibt es davon nur wenige. Und na-

türlich spielen neben der langen Liste der wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten die weichen Standortfaktoren eine Rolle. Hier kann Thüringen viel aufweisen: Kindergartenstruktur, Kulturlandschaft, Bildungswesen. Nur: Wer weiß das außerhalb der Landesgrenze?

Trotz dessen ist die Wahrheit schmerzlich: Kann die Abwanderung nicht gesenkt werden, müssen Szenarien für Thüringen her; die drastisch sinkenden Einwohnerzahlen berücksichtigen. Derer gibt es keine. Der Freistaat und seine Bevölkerung sind nicht darauf vorbereitet, dass in wenigen Jahren deutlich weniger (und vergleichsweise überalterte) Menschen hier leben werden. Das hat Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben. Auch wenn es weh tut: Es geht nicht nur darum, ob sich Verwaltungen in der jetzigen Größe halten lassen oder alle Ämter an üblicher Stelle bleiben.

Das Problem ist gar größer als nur die Frage, ob die Kreissparkasse, das Postamt (oder -kasten), selbst der Bäcker; der Fleischer oder die KFZ-Werkstatt um die Ecke sind. Auf dem Land sind Infrastruktur, Kindergärten und Wasserversorgung betroffen. Es geht darum, wie sich ein Land finanzieren soll, dessen Leistungskräfte und damit Wirtschaftskraft und Steueraufkommen gehen und gleichzeitig (!) Förderungen und Finanzmaßnahmen auslaufen. Damit ist die Zukunftsfähigkeit des Freistaates insgesamt auf der Kippe. Das Thema gehört seit langem in jede Regierungserklärung – und muss im Freistaat Thüringen so ernst genommen werden, wie in der Bundesrepublik die Finanzkrise. *che/pak*

Kandidaten für das Superwahljahr 2009

Listen aufgestellt – Personalangebot komplett

Noch im alten Jahr hat die FDP Thüringen ihre Personalwahlen am 06. Dezember abgeschlossen. Die Liberalen sind die ersten, die im Freistaat ihr Personalangebot komplettierten. Glaubhaftigkeit und Verlässlichkeit, Kontinuität und Erneuerung, Wettbewerb und Teamgeist – das sind die Begriffe, die für die Personalentscheidungen stehen.

Landesliste Landtagswahl

Landeschef Uwe Barth ging 2005 in den Bundestag, um 2009 die Liberalen in den Landtag zu führen. Am 06. Dezember 2008 löste er sein Versprechen ein und bekräftigte durch seine Wahl zum Landtagsspitzenkandidaten, dass er ohne Netz und doppelten Boden vom Bundestag in den Landtag wechseln werde. Barth erhielt 94 Prozent und vom ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Ulrich

Fickel eine große Thüringen-Fahne. Diese soll im künftigen Fraktionssaal stehen.

Ebenfalls in diesem werden ab Herbst möglichst viele der 24 Listenkandidaten Platz nehmen. Dabei unterstützten die Delegierten den Vorschlag des Landesvorstandes. Auf Barth folgen Bildungsexpertin Franka Hitzing und Wirtschaftsmann Thomas Kemmerich. In der Landtagsfraktion soll sich Lutz Recknagel (Platz 4) um Steuern/Finanzen, sowie Dirk Bergner (Platz 5) um Innen- und Kommunalpolitik kümmern. Auf Platz 6 wurde Heinz Untermann (Verkehrs- und Infrastruktur), auf Platz 7 Marian Koppe (Soziales) gewählt. Gisela Sparmberg, Chefin der Liberalen Frauen, der Eichsfelder Matthias Bollwahn und der Jenaer FDP-Fraktionschef Andreas Wiese folgen auf den Plätzen 8 bis 10. Vom Vertriebsleiter über Studenten bis hin zum Erwerbslosen – die Landesliste bis Platz 24 ist ein Spiegelbild des Freistaates.

Landesliste Bundestagswahl

Der Landesvorstand hatte für die vorderen Plätze der Bundestagsliste Generalsekretär Patrick Kurth und Dr. Peter Röhlinger vorgesehen. In den Tagen vor der Listenwahl zeichnete sich aber ab: Im Gegensatz zur Landtagsliste ist der erste Platz der Bundesliste umkämpft. Beobachter zählten zwischenzeitlich bis zu vier Kandidaten. Mit Spannung wurde dieser Wahlgang, der erste des Tages, erwartet. Den Knoten löste einer der vorgeschlagenen Kandidaten: Peter Röhlinger erklärte, nachdem er auf Platz 1 vorgeschlagen wurde: „Die Geschlossenheit ist so wichtig, wir kämpfen nicht gegeneinander, sondern gegen andere. Ich kandidiere auf Platz 2.“ Der erwartete Dreikampf fiel damit aus, Kurth setzte sich mit deutlicher Mehrheit gegen Dr. Stefan Feuerstein als Bundestagsspitzenkandidat durch. Röhlinger erhielt Platz



2. „Wir werden mit zwei Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten sein“, hatte Barth bereits in seiner Rede erklärt.

Europawahl

Formal stellt der Landesverband keinen Europakandidaten au – das macht der Europaparteitag. Am 6.12.2008 wurden dafür die 18 Delegierten gewählt. „Für uns sind die Europawahlen so kurz vor den Landtagswahlen sehr wichtig. Wir brauchen ein gutes Ergebnis und werden diesen Anspruch auch personell deutlich machen“, sagte Uwe Barth. Die Thüringer FDP unterstützte ihren bisherigen Abgeordneten im Europaparlament, den mitteldeutschen Kandidaten Holger Krahrmer. Er wurde auf Platz 7 der Bundesliste gewählt. Und auch ein Thüringer Spitzenkandidaten ging ins Rennen: Matthias Purdel, Landesbeauftragter der Friedrich-Naumann-Stiftung, aus

Weimar wurde auf den aussichtsreichen Platz 13 der Bundesliste gewählt. Damit hat er einen aussichtsreichen Listenplatz und wird bei einem guten FDP-Ergebnis ins nächste EU-Parlament einziehen.

Kommunalwahlen

Freilich ist nach den zahlreichen Positionierungen Ende 2008 für die verbliebene Parlamentswahl, die Kommunalwahl, keine Entscheidung getroffen worden. Dafür sind die Kreisverbände zuständig. Der Landesvorstand hatte allerdings bei seiner Klausur deutlich gemacht, dass die Kommunalwahl eine ähnliche Schlüsselstellung hat, wie die Europawahl. Nur wenige Wochen vor der Landtagswahl kann das Kommunalergebnis eine gute Vorlage bieten. In allen Kreisen und möglichst eigenständig soll die FDP antreten. Wer antritt, entscheiden die Kreisverbände in den ersten Monaten 2009.

GEWÄHLTE MITTELDEUTSCHE KANDIDATEN FÜR EU-PARLAMENT

Name

- 07. Holger Krahrmer MdEP
- 13. Matthias Purdel

LANDESLISTE BUNDESTAG

Name	Kreisverband
01. Patrick Kurth	Erfurt
02. Dr. Peter Röhlinger	Jena
03. Anja Kolbe	Erfurt
04. Dr. Johannes Frackowiak	Altenburg
05. Andreas Klaschka	Nordhausen

LANDESLISTE LANDTAG

Name	Kreisverband
01. Uwe Barth	Jena
02. Franka Hitzing	Nordhausen
03. Thomas L. Kemmerich	Erfurt
04. Lutz Recknagel	Schmalkalden-Meiningen
05. Dirk Bergner	Greiz
06. Heinz Untermann	Sömmerda
07. Marian Koppe	Saalfeld-Rudolstadt
08. Gisela Sparmberg	Erfurt
09. Matthias Bollwahn	Eichsfeld
10. Andreas Wiese	Jena
11. Sandra Scherf-Michel	Saale-Orla
12. Paul Gellner	Jena
13. Matthias Purdel	Weimar
14. Gerhard Jahns	Jena
15. Holger Joseph	Saale-Holzland
16. Claus-Peter Roßberg	Nordhausen
17. Birgit Schuster	Erfurt
18. Heidemarie Bischoff	Wartburg
19. Alf-Heinz Borchardt	Saale-Orla
20. Felix Rösel	Sonneberg
21. Dr. Matthias Fertig	Erfurt
22. Klaus-Dieter Landgraf	Eichsfeld
23. Frank Bergner	Saale-Orla
24. Benjamin Hohbauer	Suhl

DELEGIERTENWAHL EUROPATAG

Name	Kreisverband
01. Uwe Barth	Jena
02. Patrick Kurth	Erfurt
03. Lutz Recknagel	Schmalkalden-Meiningen
04. Franka Hitzing	Nordhausen
05. Thomas L. Kemmerich	Erfurt
06. Heinz Untermann	Sömmerda
07. Dirk Bergner	Greiz
08. Marian Koppe	Saalfeld-Rudolstadt
09. Sandra Scherf-Michel	Saale-Orla
10. Dr. Peter Röhlinger	Jena
11. Anja Kolbe	Erfurt
12. Holger Joseph	Saale-Holzland
13. Frank-Andre Thies	Ilm-Kreis
14. Volker Weber	Saalfeld-Rudolstadt





Marx schnell vergessen!

Liberaler Studenten in Erfurt zeigen Flagge für die Freiheit

So ein bisschen ist ja was dran – am Klischee, Studenten seien tendenziell eher „links“ gesinnt. Zumindest verstärkt sich dieser Eindruck, wenn man in diesen Tagen den Weg in die Universität Erfurt findet. Über fast jedem Türgriff prangt bereits ein großer gelber Marx-Schädel auf violettem Hintergrund und fordert: „Marx neu entdecken!“ Auf Wänden, Türen, ja sogar Toiletten empfiehlt ein Aufkleber der studentischen Linksjugend die frühere SED-Pflichtliteratur „Das Kapital“ zur Lektüre. Scheinbar die ganze Welt ergibt sich ganz im Zeichen der Finanzkrise einer neuen Staatsgläubigkeit. DIE LINKE freut's.

Wären da nicht unter den Studenten ein paar Spaßverderber: Die Liberale Hochschulgruppe Erfurt (LHG) sagt „Nein“ zur

Geschichtsverfälschung der Ewiggestrigen von rechts wie links! Mit einer großen Aktion und Duzenden Plakaten weist die LHG darauf hin, dass auf der ganzen Welt Millionen Menschen unter genau der angeblichen Heilsdoktrin der Linksjugend leiden müssen. Marx ist nicht nur „Das Kapital“ und eine Phantasie. Marx ist Wirklichkeit: In Kuba, China und Nordkorea – und damit real als Folter, Elend und Hungersnot. Wo auch immer bislang das Experiment gewagt wurde, eine gesamte Wirtschaft zum Marionettenspiel einiger weniger zu machen, litten die Menschen mehr denn je zuvor. Die Realität zeigt: Der Markt bringt Wohlstand, Marx bringt Armut.

Die Liberale Hochschulgruppe Erfurt ist die Stimme der Freiheit an den mitt-

lerweile drei Hochschulen in der Landeshauptstadt. Etwa zweimal im Monat treffen sich liberal gesinnte Studierende, um Ideen für eine Verbesserung der Situation vor Ort zu debattieren, um Aktionen zu planen und um aktuelle Tages- und Hochschulpolitik zu diskutieren. Mit gutem Draht zu den JuLis und zur FDP ist die LHG Erfurt mittlerweile ein festes Standbein der Liberalen in Erfurt geworden und bestimmt im Studierendenrat oder in Fachschaftsräten den Kurs von Uni oder FH mit.

Wer Interesse an der Arbeit der Liberalen Hochschulgruppe hat oder sie unterstützen möchte, kann jederzeit Kontakt aufnehmen unter www.lhg-erfurt.de oder per eMail an info@lhg-erfurt.de. Felix Rösel *Stv. Landesvorsitzender der JuLis Thüringen*

WIR MACHEN EUROPA BESSER

SEIT 2004 IST DIE FDP WIEDER IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT VERTRETEN. DIE SIEBEN LIBERALEN EUROPAPARLAMENTÄRIER HABEN BILANZ GEZOGEN ÜBER IHRE TÄTIGKEIT IN DEN VERGANGENEN VIER JAHREN. IN IHREM RECHENSCHAFTSBERICHT STELLEN SIE DIE ARBEIT IN IHREN AUSSCHÜSSEN VOR, REKAPITULIEREN WICHTIGE GRUNDSATZENTSCHEIDUNGEN, GEBEN AUSKUNFT ÜBER WAHLKREIS- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT SOWIE EINEN AUSBLICK AUF DAS, WAS SIE BIS UND NACH DER WAHL ERWARTET. DIESEN RECHENSCHAFTSBERICHT UND VIELE WEITERE ARTIKEL UND INFORMATIONEN FINDEN SIE UNTER WWW.FDP-IN-EUROPA.DE.

Logo: Europäisches Parlament
Logo: Alliance of Liberals and Democrats for Europe / Alliance des Démocrates et des Libéraux pour l'Europe
Logo: FDP im Europäischen Parlament

JuLis mit neuem Landesvorstand

Evelyn Zschächner zur Landesvorsitzenden gewählt

Mit einer personellen und inhaltlichen Neuausrichtung gehen die Jungliberalen (JuLis) ins Wahljahr 2009. Auf dem Landeskongress der FDP-Nachwuchsorganisation in Jena wurde Evelyn Zschächner zur neuen Landesvorsitzenden gewählt. Die 27-jährige gebürtige Ostthüringerin trat ohne Gegenkandidaten an. Sie löst Patrick Brauckmann ab, der nicht erneut kandidierte. Als Stellvertreter konnten sich Axel Poschmann aus Jena und der Erfurter Felix Rösel durchsetzen. Dem Landesvorstand der JuLis gehören weiterhin Conrad Wrobel als Schatzmeister und Philip Nagel, Wolf von Laer, Susanne Pestel und Gerhard Jahns als Beisitzende an.

„Ich freue mich sehr über das eindeutige Votum und gehe hoch motiviert an diese Aufgabe. Ich bin davon überzeugt, dass wir gemeinsam mit der FDP einen erfolgreichen Wahlkampf führen werden“,

sagte die neue Landesvorsitzende. Thematisch geht es den JuLis vor allem um die Stärkung des ländlichen Raumes und die Lösung des Problems der Abwanderung. „Wir können es nicht hinnehmen, dass Tag für Tag junge Menschen das Land verlassen. Wir haben immer mehr das Gefühl, dass die Interessen unserer Generation nur in politischen Sonntagsreden eine Rolle spielen. Die Landesregierung scheint resigniert zu haben und hofft jetzt darauf, dass die Abgewanderten irgendwann einmal zurückkommen“, so Zschächner. Auch der FDP-Landesvorsitzende Uwe Barth wies in seinem Grußwort darauf hin, dass das Abwanderungsproblem die größte Herausforderung für die künftige Thüringer Landesregierung sein werde. Bekräftigt wurde dies von Patrick Kurth, selbst Juli und Spitzenkandidat auf der Bundesliste, der ebenso wie Dr. Thomas Nietzsche,



Neuer JuLis Vorstand (v.l.n.r.): Felix Rösel, Gerhard Jahns, Wolf von Laer, Evelyn Zschächner, Philip Nagel, Susanne Pestel, Conrad Wrobel, Axel Poschmann

Thomas L. Kemmerich und Marian Koppe beim Landeskongress der JuLis dabei war. Beschlossen wurde unter anderem der Leit Antrag „Digitales Thüringen“ – die JuLis fordern hierin die Einführung von E-Government im Freistaat. Auch die Anträge zur Einführung des Mopedführerscheins ab dem 15. Lebensjahr und zur Abschaffung von Subventionen für die Landwirtschaft wurden angenommen.

Neben den Gästen aus den Reihen der Thüringer FDP waren auch Vertreter aus dem Bundesvorstand der Jungliberalen und die Vorsitzenden der JuLi-Landesverbände aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg sowie Berliner Jungliberale anwesend. eve

Interview mit Evelyn Zschächner, Vorsitzende JuLis

Die JuLis haben ihren Vorstand gewählt. ThL sprach mit der neuen Vorsitzenden des Landesverbandes, Evelyn Zschächner.

ThL: Herzlichen Glückwunsch zur Wahl zur Landesvorsitzenden der Thüringer JuLis. Was haben Sie sich vorgenommen?

Zschächner: Die Jungen Liberalen brauchen ein stärkeres Gewicht in Thüringen und auch innerhalb der liberalen Familie.

ThL: Die Jungen Liberalen sind eine von mehreren Vorfeldorganisationen.

Zschächner: Ja, aber wir sind die Bedeutendste. Wir sind der politische Nachwuchs – die Zukunft der FDP.

ThL: Und haben kein Gewicht?

Zschächner: Für meinen Geschmack ist das ausbaufähig.

ThL: Mit Ihnen ist nach langer Zeit eine Frau in diese Position gelangt. Wie kommt's?

Zschächner: Das spielt doch keine Rolle, ob Frau oder Mann führt.

ThL: Sie arbeiten und wohnen in Erfurt. Verlagert sich das Gewicht der JuLis jetzt in die Landeshauptstadt?

Zschächner: Wir wollen in diesem Jahr in den Landtag einziehen. Also wird sich unser Gewicht auf mehr Kreise als bisher verteilen, auch auf die Landeshauptstadt.

ThL: Was sind Ihre Schwerpunkte?

Zschächner: Meine inhaltlichen Schwerpunkte sind Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und – von Berufswegen aus – Agrarpolitik.

ThL: Ist das ein Jugendthema?

Zschächner: Gerade in Thüringen ist die Abwanderung aus ländlichen Regionen das derzeit größte Problem. Die Stärkung des ländlichen Raumes ist daher das Hauptanliegen der JuLis.

ThL: Womit beschäftigen Sie sich gerade?

Zschächner: Wir sind im Moment dabei, ein Positionspapier zum Thema Abwanderung zu verfassen. Damit wollen wir auch das Programm der FDP prägen. Und wir bereiten den Wahlkampf insgesamt vor.

ThL: Wo bleibt denn da die zuweilen vorhandene Distanz zur FDP?

Zschächner: Ich bin nicht gegen etwas angetreten, sondern ich trete für Inhalte ein. Da sind auftretende Diskrepanzen mit der FDP gar nicht auszuschließen. Warum soll man nicht auch mal inhaltlich anderer

Meinung sein. Natürlich waren wir in der Vergangenheit nicht mit allen personellen Entscheidungen einverstanden.

ThL: Achso?

Zschächner: Bei den Listenwahlen waren wir gerade mit Blick auf die Bundesliste zufrieden, bei der Landesliste hatten wir andere, wie ich finde berechnete Erwartungen. Aber jetzt haben wir ein Fernziel, auf das wir konsequent hinarbeiten werden.



Evelyn Zschächner, Jahrgang 1981, ist seit Dezember 2008 Landesvorsitzende der JuLis.

ThL: Und was sind die Ziele der JuLis für das Jahr 2009?

Zschächner: Wir werden uns maßgeblich daran beteiligen, dass die FDP mit einer starken Fraktion in den Thüringer Landtag einziehen wird.

Mit Blick nach vorn

Was bringt uns das Superwahljahr 2009?

Was steht 2009 an? Dass alle Parlamente, die die Thüringer wählen dürfen, neu zu besetzen sind, ist bekannt. Dass manche 2009 auch als „Schicksalsjahr“ bezeichnen, ist gar nicht so realitätsfern. Was kommt aber konkret auf uns zu? Thüringen Liberal konstruiert das Jahr, stellt einen Zeitplan auf und wagt ein paar Prognosen:

1. Quartal: Direkte Vorbereitungen

Bis März geht es hoch her bei den Thüringer Liberalen. Alles steht auf konkrete Vorbereitung in Sachen Personal und Inhalt. Die Zeit der Trockenübungen ist vorbei. In den meisten Kreisverbänden werden die Vorstände ebenso gewählt, wie die Vertreter im Landesparteirat und die Landesparteitagsdelegierten. Viele stellen gleichzeitig ihre Listen für die Kommunalwahl auf. In alle Kreise und kreisfreien Stadträte will die FDP einziehen. Dafür gilt es auch, sich programmatisch zu schärfen. In den Untergliederungen sind es die Kommunalprogramme, im Landesverband ist es das Landtagswahlprogramm.

Im März wird Bundeschef Guido Westerwelle in Erfurt sein. Dort ist auch die Strategiekonferenz aller Kreisvorsitzenden bundesweit und es wird womöglich auch der Wahlkampfauftakt für die Europawahl stattfinden. Vom Januar bis März sind die Fachausschüsse und die Gremien in intensiver Beratung für das Wahlprogramm, das im April beschlossen werden soll.

2. Quartal: Freier Wettbewerb der Kräfte

Im April tritt der Landesparteitag zusammen. Das Wahlprogramm ist zu beschließen. Da es der Wahlkampfparteitag ist, geht es an einen besonderen Ort – diesmal ist es die Wartburg. Von dort wagen die Liberalen den Sprung nach Erfurt.

Am Ende dieses Quartals stehen die Europa- und Kommunalwahlen. Alles wird sich darauf konzentrieren – und zwar im freien Wettbewerb der Kräfte: Die FDP wird frei und ohne Rücksichten angreifen dürfen. Um Koalitionen geht es nicht, um Lager schon eher: Die Thüringer Delegierten reisen zum Bundesparteitag. Ein neuer Bundesvorstand ist zu wählen. Kommunal- und Europawahl geben dann die Vorlage für die Landtagswahl.

3. Quartal: Es geht um die Wurst

Mit der Landtagswahl am 30. August und der Bundestagswahl am 27. September geht es „um die Wurst“. Ein Wahlkampfauftritt jagt den nächsten, die Laternen prangen voller Plakate, die Versprechen überschlagen sich. Aber, positiv absehbar ist bereits jetzt: Es wird in schneller Abfolge ein jeweils kurzer Wahlkampf zu den jeweiligen Wahlen. Thüringen erhält dabei eine Schlüsselrolle. Kurz vor der Landtagswahl kommt die Trucktour des Bundesvorsitzenden in den Freistaat. Am Wahl-

abend selbst werden die Liberalen dann wohl traditionell im „Schnitzelheinz“ sein. Und das mit Recht: Kein Lokal ist näher am Landtag. Ob am nächsten Tag, dem 31. August, sofort die Sondierungsgespräche für Koalitionen anstehen, ist noch fraglich. Schließlich steht der Endspurt für die letzte 27 Tage Bundestagswahlkampf an. Dann sollen es zwei MdB sein – das ist das Ziel.

4. Quartal: Regieren und Gestalten

Zu Beginn des letzten Quartals wird es Parteitage geben. Koalitionsverträge müssen beschlossen werden. Das gilt zunächst für das Land und dann für den Bund. Im Landtag wird die Sitzplatzierung spannend: Im Plenum sitzt bislang die Linke ganz rechts. Im Bundestag ist dort die FDP. Sicher wird darauf auch die Landtagsfraktion bestehen. Fragt sich nur, ob die Linken dann zwischen Union und FDP eingeklemmt werden oder ob sie doch neben dem verbliebenen Rest Sozialdemokratie Platz nehmen. Klar ist nur eines: Ob die Sitze links, rechts oder in der Mitte beansprucht werden – Hauptsache nicht vorn! Da sitzt die Regierung. Im Bundestag übrigens sind die Chancen gar nicht so schlecht, dass diesmal ein Thüringer die erste Sitzung eröffnet. Neben regieren gilt es auch, zu gestalten: Gestaltet werden viele Wahlkreisbüros und deren Eröffnungen. Das allerdings steht ganz am Ende. Zuvor gilt es drei arbeitsreiche Quartale zu meistern. red

SUPERWAHLJAHR 2009 – DIE TERMINVORPLANUNG AUF EINEN BLICK

Samstag, 25. Januar 2009

Neujahrsempfang in Jena

Mittwoch, 25. Februar 2009

Politischer Aschermittwoch

Samstag, 28. Februar bis Sonntag, 08. März 2009

19. Thüringen Ausstellung mit FDP-Messestand

Samstag, 07. März 2009

Jahresempfang FDP Thüringen und Liberaler Mittelstand in Erfurt

Sonntag, 08. März 2009

Bundesweite Kreisvorsitzendenkonferenz in Erfurt / Wahlkampfveranstaltungsveranstaltung für Europawahl

April 2009

Landesparteitag auf der Wartburg bei Eisenach (Termin noch nicht bestätigt)

Freitag, 15. bis Sonntag, 17. Mai 2009

FDP-Bundesparteitag in Hannover

Mittwoch, 03. Juni 2009

Abschlussveranstaltung FDP Thüringen zur Kommunal- und Europawahl im Kaisersaal Erfurt

Sonntag, 07. Juni 2009

Kommunal- und Europawahl

Sonntag, 30. August 2009

Landtagswahl

Sonntag, 27. September 2009

Bundestagswahl

Ein Europa der Kulturen

Wie europäische Kulturpolitik aus liberaler Sicht gestaltet werden sollte

Die Geschichte Europas reicht zurück bis weit in die Mythologie. Nach dieser Mythologie war es der Götterkönig Zeus, der die Prinzessin Europa von der asiatischen Mittelmeerküste des heutigen Libanon als Stier verwandelt auf dessen Rücken nach Kreta entführte. Bis heute gibt der Name „Europa“ den Wissenschaftlern manches Rätsel auf und natürlich hatten die Christen versucht, dieser heidnischen Prinzessin einen christlichen Namen zu geben. Da sie sich jedoch nicht eingewurden, blieb Europa schließlich Europa. Seiner Ursprungslegende nach hat sich „Europa“ zwei wesentliche Eigenschaften bewahrt: Zum einen handelt es sich um eine schöne Frauengestalt, die viele Verehrer hatte. Zum anderen stellt es einen Mythos dar: eine Geschichte, die versucht, eine rätselhafte Herkunft zu klären, die noch – auch durch uns – in eine konkrete Wirklichkeit umgesetzt werden muss. Unser Kontinent trägt ihren Namen, aber wie wird seine Entwicklung in der Zukunft aussehen? Wird er, so wie die legendäre Prinzessin, eine eigene Persönlichkeit finden und sich eine Einheit schaffen? Oder wird Europa ein Mythos bleiben, ein unerfüllbarer Traum, ein Kontinent, der sich aus Europäern ohne Europa zusammensetzt?

Ein entscheidender Faktor, um diese Frage zu beantworten, ist die europäische Kulturpolitik. Sie ist eine noch zarte Pflanze im EU-Dschungel. Erst der Maastrichter Vertrag (1993) etablierte sie als Politikfeld der Europäischen Union. In ihm verpflichtet sich die EU, kulturelle Aspekte in allen Politikbereichen Rechnung zu tragen. Dementsprechend nimmt die Bedeutung der Kulturpolitik in der EU zu. Leider betrachten die europäischen Kulturpolitiker sie nur als Instrument, das über Finanzie-

rung den kulturellen Sektor fördert, in der Hoffnung, so ein europäisches Bewusstsein bei den EU-Bürgern zu entwickeln. Eine trügerische Hoffnung, so ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen über die europäische Kultur zu stärken. Die europäische Identität im kulturellen Bereich liegt in dessen Pluralismus, in der Vielfältigkeit kultureller Ausdrucksformen, die wachsen oder auch vergehen, im lokalen Kolorit, in einem Europa der Kulturen.

in ein gemeinsames Europa ein. Und sie empfinden das auch so – ohne Verordnungen oder Richtlinien. Viel wichtiger indes wäre es, die Kultur weit mehr als bisher; als Wirtschafts- und Standortfaktor zu betrachten. Die Kreativ-Wirtschaft bildet in der Wissensgesellschaft eine bisher zu wenig genutzte Ressource. Sie besitzt aber die Potenzen einen wertvollen Beitrag zur Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu leisten. Kreativität ist die Grundlage sozialer und technologischer Innovationen und eine wichtige Antriebskraft für Wachstum und Arbeitsplätze in der Europäischen Union. Hierbei ist es aber dringend notwendig, die Mobilität von Künstlern und die im kulturellen Bereich Beschäftigten sowie die Verbreitung von Kunstwerken auch über nationale Grenzen hinweg zu verbessern. Ein weiterer sehr wichtiger Faktor in der europäischen Kulturpolitik ist die Förderung der Kultur als wesentlicher Bestandteil der internationalen Beziehungen der Union.

Die Bemühungen der Europäischen Union zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen als Bestandteil der internationalen Beziehungen gilt es weiter auszubauen. Hier hat die Europäische Union ihr Engagement für die Entwicklung einer neuen und aktiveren, kulturellen Rolle Europas im Rahmen der internationalen Beziehungen und für die Berücksichtigung der kulturellen Dimension als ein wichtiges Element der Beziehungen Europas zu Partnerländern und Partnerregionen zu verstärken.

Liberaler Kulturpolitik kann einen Weg aufzeigen, zu einem Europa der Kulturen, in dem die Europäer sich auch mit Europa identifizieren! *Matthias Purdel, Thüringer FDP-Spitzenkandidat zur Europawahl*



Kultur lässt sich nicht verordnen, Kulturpolitik darf daher nur Rahmenbedingungen schaffen und der beste Humus, auf dem Kultur gedeihen kann, ist Freiheit. Die Menschen vor Ort müssen selbst entscheiden können, welche Kultur sie wollen. Und hier ist nicht nur die Hochkultur gemeint – die Rede ist von Kultur ist jeder Ausdrucksform einer Gesellschaft, sei es Sprachkultur, Baukultur oder Esskultur. In allen diesen Bereichen bringen die verschiedenen Nationen ihre eigene Identität

Auf ein Wort

Die FDP und die Finanzkrise

Die Wirtschaftskrise könnte zum Stolperstein für die FDP werden. Das befürchten manche, andere erwarten es und gar nicht so wenige sind in Hoffnung. Verbunden (und verunglimpft) wurden und werden zu oft FDP-Forderungen nach weniger Reglementierungen, steuerlicher Erleichterung und wirtschaftlicher Freiheit mit dem lautstarken Zerrbild einer ungezügelten Finanzwelt, „Neoliberalismus = Finanzkrise“ – eine falsche Formel mit mutwilliger Verfälschung. Aber diese Formel ist eingängig. Oft sind es gerade falsche Antworten, die wegen ihrer Einfachheit als richtig beurteilt werden. Ein schweres Jahr für die FDP? Das Gegenteil ist der Fall. Mit deutlichem Rückenwind gehen die Liberalen in das so wichtige 2009. Die Umfragewerte sind gut: in den einwohnerstärksten Ländern re-

giert die FDP und die Geschlossenheit der Partei rundet das Bild ab.

Viel wichtiger aber: Die Glaubwürdigkeit der FDP. Das Land wird sich angesichts der Krise neu definieren, die FDP muss ihre Programme deshalb nicht umschreiben. Sie machte über Jahre hinweg deutlich, dass ein schlanker Staat und eine freiheitliche Politik dem Mittelstand und der gesellschaftlichen Mitte nutzt, nicht dem Turbokapitalismus. Die Rezession kommt und das Vertrauen in die FDP wächst. Auch deshalb, weil wir in dieser Krise nicht unseren Grundsätzen abschwören müssen. Uns hilft, dass wir gerade jetzt eine standfeste Partei mit Prinzipien sind. Wir setzen weiter auf Privatwirtschaft und kriegen Recht: Reihenweise haben Landes- und Staatsbanken Milliarden Euro ver-

brannt und werden mit teurem Steuergeld gerettet. Die FDP mahnt wirtschaftliche Vernunft an und setzt sich für die mittleren Einkommensschichten ein – die Union ist davon weit entfernt (alle ändern noch weiter). Die bürgerliche Mitte honoriert das. Und selbst die immer wieder vorgetragene Steuerreform gewinnt erheblich an Bedeutung, gerade mit Blick auf die Finanzkrise.

Erfrischend kommt das angenehme Selbstbewusstsein hinzu. Umworben von anderen, die gerade miteinander regieren, geht es der FDP zunächst nicht um Farbenspiele, sondern um Sachpolitik. Damit lässt sich gut in den nächsten Monaten die Auseinandersetzung führen. Gerade in diesen Zeiten genießen wir Vertrauen. Die Wirtschaftskrise ist kein Stolperstein für die FDP. pak

Plakate selbst erstellen

Viele kennen das Problem: Der Gemeinde- oder Stadtrat wird gewählt und Plakate sollen die Menschen über den Spitzenkandidaten informieren. Gleiches gilt für Landtags- oder Bundestagskandidaten. Doch wie soll das Plakat aussehen? Welche Bildgröße ist notwendig, wie sieht das gemeinsame Layout aus? Der Liberalverlag verschafft jetzt Abhilfe. Ein Modul kann online genutzt werden, das die Plakaterstellung von zu Hause und in wenigen Schritten möglich macht. Wie dieses Modul zu handhaben ist, darüber wird – dies sei bereits jetzt mitgeteilt – in der Wahlvorbereitung eine entsprechende Veranstaltung des Landesverbandes informieren. Ort und Zeit werden bekannt gegeben.

Neue Geschäftsstelle

Die FDP-Jena ist umgezogen. Sie befindet sich – sehr bürgerfreundlich – nunmehr in der Bachstraße 24 im Zentrum Jenas. Telefonnummer-, Fax- und eMail-Kontakte haben sich nicht geändert. Das Team um Ingo Reimann freut sich auf Interessierte, Gäste und natürlich sind auch Parteimitglieder jederzeit herzlich Willkommen!

Neujahrsempfänge

Zu Beginn des Jahres fanden wieder zahlreiche Neujahrsempfänge statt (Stand zu Redaktionsschluss): Im Eichsfeld luden die Liberalen zum traditionellen Dreikönigsempfang mit Bundestagskandidat Dr. Peter Röhlinger als Ehrengast. Der Kreisverband Weimar-Land hatte zu seinem Neujahrsempfang nach Kranichfeld geladen, wo Bundestagsspitzenkandidat Patrick Kurth sprach. In Weimar gab sich Europakandidat Holger Kraemer die Ehre, in Nordhausen der neue FDP-Wirtschaftsminister Niedersachsens, Dr. Philip Rösler. Der Neujahrsempfang des Landesverbandes fand traditionell gemeinsam mit der FDP Jena statt, Uwe Barth und Guido Westerwelle stimmten auf das Jahr ein.

Wahlkampf helfer gebraucht

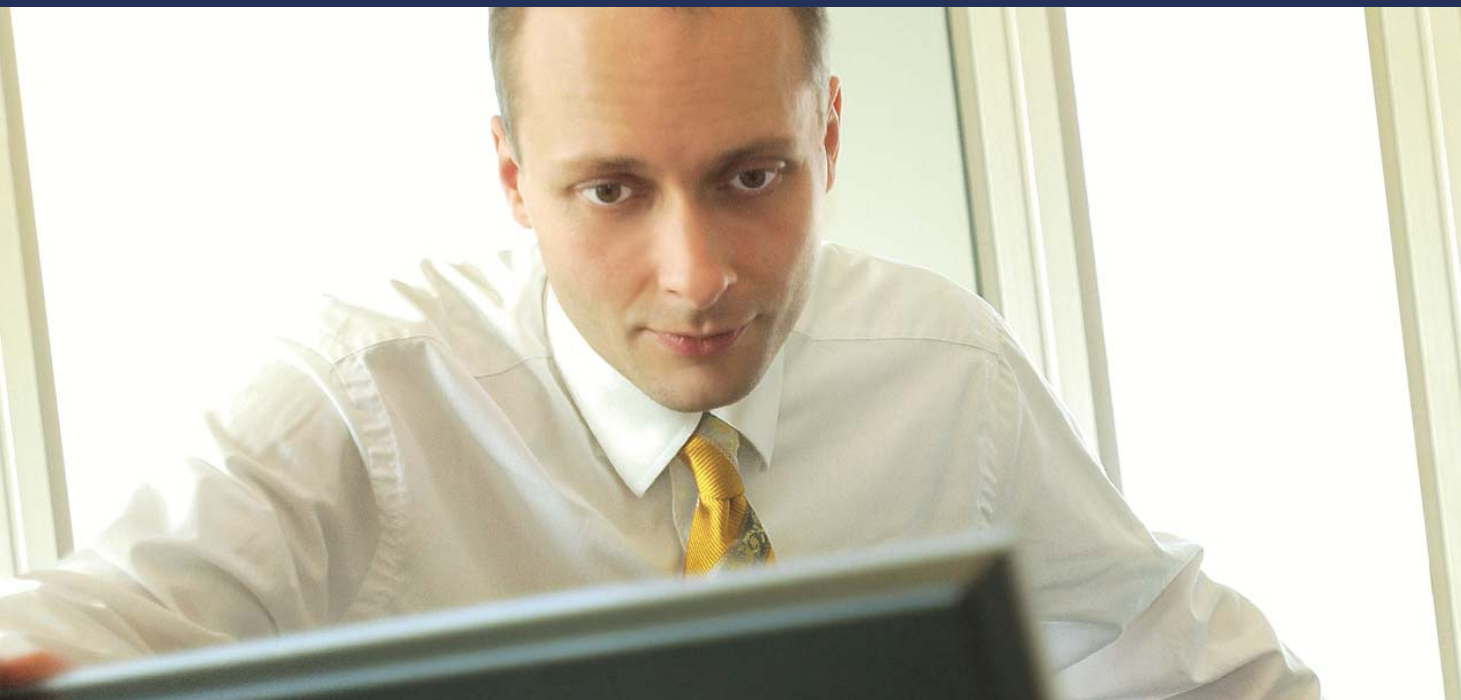
Bereits jetzt schon der Aufruf an alle Thüringer Liberale, Unterstützer, Freunde und Sympathisanten: Bei den kommenden Wahlentscheidungen wird jede Hand benötigt, ist jede Idee willkommen und jede Unterstützung nötig. Bitte melden Sie sich bei Ihren Kreisverbänden oder der Landesgeschäftsstelle, wenn Sie helfen möchten.

GEBURTSTAGE & EINTRITTE

ThL gratuliert ganz herzlich: Helmut Möller (90), Peter Trautmann (70), Erhard Wehner (70), Uwe Ueck (60), Bernd Walther (60); Klaus Peter Six (60), Ditmar Stange (60), Christiane Schaar (60), Christa Karlen (60), Ralph Reise (50), Petra Mänz (50), Horst Grunert (50), Matthias Vogt (50), Barbara Reichmann (50), Volker Wunder (50), Christine Balzer (50), Uwe Schäfer (40), Steffi Weisheit (40), Jörg Fischer (40), Falk Pitzke (40), Christa Hering (30), Daniel Barth (20).

Herzlichen Glückwünsche gehen auch an Walter Hübener, Hubert Lindner, Helmut Hammerschmidt, W.-Ludgar Schlotzhauer, Ulrich Schütte, Sabine Wolff, Torsten Kirchner, Thomas Vollmar, Dirk Bergner, Fred Leise, Gerhard Jahns. Alles Gute den fast 180 Geburtstagskindern, die aus Platzgründen nicht namentlich aufgeführt werden konnten.

Jüngste Eintritte in die FDP-Thüringen: Martin Lehmann, Sabine Lehmann, Carsten Labsch, Janet Amouri, Horst Köhler, Renate Borsch, Jens-Uwe Friedberger, Dr. Rolf Frielinghaus, Tobias Stritzke, Claudia Grams, Helge Weinert, Christian Reiche, Andreas Hoffmann, Maik Werner, Winfried Goldmann, Klaus Engelmann, Dr. Thomas Breit, Michel Maaß, Claudia Müller, Albert Schuster, Heiko Neudeck, Silvio Sängler



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

KLEINSTAATEREI BEIM PFLANZENSCHUTZ

Europaparlament beschließt Pflanzenschutzpaket

Anfang Januar hat das Europäische Parlament in zweiter Lesung das Pflanzenschutzpaket beschlossen. Eine grundsätzliche Fehlentscheidung konnte nicht verhindert werden, zu viele irrationale Ängste und Unwissen waren im Spiel: Statt auf eine Risikobewertung wird nun auf pauschale Wirkstoffverbote gesetzt. Die Folge: bis zu 20 Prozent dringend benötigter Wirkstoffe zur Schädlingsbekämpfung, die bisher sicher und verantwortungsvoll verwendet worden sind, werden vom Markt verschwinden. Dies ist bedauerlich, aber besser als die Parlamentsposition aus der ersten Lesung, die eine Reduktion von fast 80 Prozent aller Wirkstoffe zur Folge gehabt hätte. Welche landwirtschaftlichen Folgen die jetzt verbotenen Mittel für den Anbau haben werden, kann noch nicht abgesehen werden. Für einige von ihnen gibt es keinen erprobten Ersatz.

Es bleibt eine unausgewogene Gesetzgebung, da hier Umweltschutz und die Notwendigkeit, verantwortungsvoll Pflanzenschutz zu betreiben, nicht rational gegeneinander abgewogen wurden. Obstbauern und Landwirte wurden in der Debatte zu Unrecht als Giftversprüher gebrandmarkt. In der Praxis wird sich die Verordnung erst noch beweisen müssen. Sicherlich wird man im Fall von Resistenzen zu Ausnahmeregelungen greifen müssen, um im konkreten Fall Schädlingsbekämpfung zu ermöglichen.

Auch wurde die Frage der einheitlichen Zulassung nicht befriedigend gelöst. Die jetzige 'Drei-Zonen-Regelung' ist zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber eine echte Binnenmarktlösung sieht anders aus. Die Regelung sieht die Einteilung Europas in drei Zulassungsgebiete vor, deren klimatische

Bedingungen etwa vergleichbar sind. Was in einem Land zugelassen ist, gilt auch in allen anderen Staaten innerhalb der gleichen Zone als erlaubt. Warum? Kann ich Ihnen nicht sagen. Europa hat es sich zum Ziel gesetzt, einen gemeinsamen Binnenmarkt zu schaffen und bestehende Hürden abzubauen. Dieses nun beschlossene Pflanzenschutzpaket wird diesem Ziel keinesfalls gerecht. Zu allem Überfluss wird durch weit reichende nationale Ausnahmemöglichkeiten ein einheitliches Zulassungsverfahren faktisch ausgehebelt. Wir werden auch weiterhin das Problem haben, dass einige Pflanzenschutzmittel in einem EU-Mitgliedsstaat zugelassen sind und in einem Nachbarstaat verboten.

HOLGER KRAHMER . MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
KONTAKT: EUROPÄISCHES PARLAMENT . ASP 10G142 . 60 RUE Wiertz
B-1047 BRÜSSEL . TELEFON +32 2 28-45344 . TELEFAX +32 2 28-49344
HOLGER.KRAHMER@EUROPARL.EUROPA.EU . HOLGER-KRAHMER.DE

Immer die gleiche Leier!

Warum der Staat die größere Schuld an der Krise hat

Die Marktwirtschaft ist am Ende. Nach dem Sozialismus ist nun der Kapitalismus gescheitert. Die Idee des Neoliberalismus hat die Welt in den Abgrund getrieben.

Immer die gleiche Leier: Die Pluralität der Meinung ist mitunter sehr begrenzt, wenn man in Anbetracht einer internationalen Krise wunderbar die Ressentiments bedienen kann. Es wäre nicht zu viel verlangt, wenn man den Kritikern anraten würde, den Begriff Neoliberalismus zu recherchieren. Neoliberalismus unterscheidet sich vom klassischen Wirtschaftsliberalismus in der Hinsicht, dass in gewissen Punkten der Staat in den Markt eingreifen muss. Eingreifen, wenn der Marktmechanismus nicht funktioniert. Die Subprimekrise ist so ein Nichtfunktionieren. Dort wurden Finanzprodukte gehandelt, bei denen es an einer marktwirtschaftlichen Grundvoraussetzung, einer gewissen Transparenz, vollständig gemangelt hat. Wenn man die Rahmenbedingungen des Finanzmarktes – der historisch gesehen einer stärkeren Regulierung als normale Gütermärkte bedarf – nicht ordentlich setzt und die staatlichen Aufsichtsbehörden von der wohl bekannt-

ten Immobilienblase nichts mitbekommen, ist die momentane Krise auf keinen Fall als alleiniges Marktversagen zu titulieren. Es war eine Mischung aus blindem Herdentrieb der Anleger und Banker und einer auffälligen Nichtbeachtung der Politik.

Einen weiteren Grund für die jetzige Krise lieferte die Politik der amerikanischen Regierung, welche beabsichtigte möglichst viele Bürger in ein Eigenheim zu bringen. So wurden die Banken dazu angehalten, die Kreditbedingungen für einen Hauskauf möglichst niedrig anzusetzen. Die halbstaatlichen Banken Fannie Mae und Freddie Mac hatten diesen Auftrag und haben ihn auch erfolgreich ausgeführt: 75% aller Darlehen auf Einfamilienhäusern in den USA wurden von diesen beiden Bankhäusern gestemmt. Dies entspricht dem Umfang von vier Billionen Dollar. Um dieses Geld zu beschaffen, wurden Schulden in Höhe von 2,4 Milliarden Dollar aufgenommen. Die krisenbedingten Verluste der Banken müssen nun vom Steuerzahler getragen werden: Mae und Mac wurden verstaatlicht. Solche Zahlen und die sträfliche Unbekümmertheit im Umgang mit solchen Summen stellen eine neue Dimension von Irrationalität dar:

Risiken wurden auch für die Hausbesitzer dadurch begrenzt, dass im Falle einer Privatinsolvenz jene nicht mit ihrem Vermögen haften, sondern nur den Haus Schlüssel zurück an den Gläubiger, die Bank, geben müssen. Dies funktionierte auch sehr gut, solange der Preis für die Grundstücke stieg. Als nun die Preise fielen und das Grundstück weniger wert war als die Hypothek, sprangen die Hausbesitzer massenweise ab und die Banken saßen auf den Verbindlichkeiten, die ihnen mit dem kurzfristigen Verkauf der Hypothekenbündel an Dritte gegenüberstand. Das Problem hätte durch effiziente und globale Regulierung verhindert werden können. Dass sich jetzt die Forderungen nach mehr und mehr umfassend strikter Regulierung, bis zu einer grundsätzlichen Schließung der Finanzmärkte, überschlagen, lässt an dem Wissenshintergrund einiger Diskussions Teilnehmer ernsthaft zweifeln.

Das amerikanische Bankensystem unterscheidet traditionell zwischen normalen Banken und Investmentbanken; letztere unterstehen nicht der Bankenaufsicht. Dies ist nur aus der Tradition heraus und nicht aus rationalen Beweggründen zu erklären. Das Problem war bekannt, aber es wurde nichts unternommen. Nicht zuletzt deswegen, weil der Staat riesige Steuersummen durch die horrenden Gewinne der Investmentbanken erzielt hat. Dieses Faktum wird aber in der momentanen Diskussion ausgeklammert. Weitgehend unbeachtet ist auch die Rolle der Landesbanken in der Krise. Das sind Verluste, die der deutsche Steuerzahler tragen wird.

Ich möchte nichts schön reden: Natürlich war die Gier der Banker und Anleger unglaublich schädlich für die Finanzwirtschaft und wird auch noch Folgen für die Realwirtschaft haben. Die momentane häufig undifferenzierte Kritik hilft jedoch niemand, schadet im Gegenteil dem Ansehen der Sozialen Marktwirtschaft und führt nicht zu einer informierten und aufgeklärten Bürgergesellschaft. *Wolf von Laer*



INFORMATIONEN ZUM AUTOR

Wolf von Laer; geboren am 28.06.1986 in Bocholt, ist Student der Staatswissenschaften an der Universität Erfurt. Nebenbei engagiert er sich als Vorsitzender der Liberalen Hochschulgruppe, als stv. Vorsitzender der JuLis Erfurt und ist Mitglied des Landesvorstandes der Jungen Liberalen Thüringen e.V.

IMPRESSUM · THÜRINGEN LIBERAL

Herausgeber • FDP Thüringen | Pressestelle
Tschalkowskistraße 35
DE-99096 Erfurt
Telefon +49 361 3456482
Fax +49 361 3455924
pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de

Redaktionsleitung • Patrick Kurth | pak

Redaktion • Evelyn Zschächner | eve
Paul Gellner | pag
Klaus-Dieter Landgraf | kd1
Christin Held | che
Matthias Purdel | pur

Layout & Satz • RAUM II
Körnerstraße 56
DE-04107 Leipzig
Telefon +49 341 30326760
Fax +49 341 30326768
info@raum-zwei.com
www.raum-zwei.com

Erscheinung • 'Thüringen Liberal' erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.